



Ostholstein 
DKP

Deutsche
Kommunistische Partei
Ostholstein

Postfach 10 22 06
23554 Lübeck

Tel.: 0173 - 21 88 310

E-Mail:
dkp.hl-oh@email.de

dkp-luebeckostholstein.blogspot.com

23. März 2019

P R E S S E M I T T E I L U N G

DKP Ostholstein fordert sofortige Rekommunalisierung der Sana-Kliniken

In der vergangenen Woche zog der schweizerische AMEOS Konzern seinen Antrag auf Übernahme der SANA-Kliniken im Kreis Ostholstein zurück. Er tat dies verbunden mit der Versicherung, dass die Pläne damit aber nicht vom Tisch seien. Man werde sich Zeit für die Beratungen nehmen und dabei an „der Neuordnung der Versorgungslandschaft zum Wohle der Patienten festhalten“ erklärten die beiden Konzerne unisono, wie der NDR und die Lübecker Nachrichten berichteten.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Ostholstein sieht darin den Grundfehler der aktuell üblichen Daseins- und Gesundheitsvorsorge bestätigt.

„Das Vorgehen der Konzerne SANA und AMEOS belegt, wohin eine der Profitlogik unterliegende Gesundheitsversorgung und der herrschende Privatisierungs-Irrsinn führt: Auf der einen Seite erleben wir verunsicherte Patient*innen, Ärzte und Pfleger in den Kliniken, weil durch Kosteneinsparungen der Konzerne das Personal der Kliniken chronisch unterbesetzt ist, wie die wiederholten „Brandbriefe“ der Ärzte des SANA-Klinikums Oldenburg/Holstein belegen.

Ebenso zeugen die Probleme um die marode Infrastruktur in der SANA-Klinik Eutin von diesem Wahnsinn, da die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen nun seit geraumer Zeit aufgeschoben werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die dortigen andauernden und schwerwiegenden Wasserschäden auch zu einer Gesundheitsbedrohung für die Patientinnen und Patienten führen.“ erklärte dazu der Ostholsteiner DKP Vorsitzende Thorsten Lünzmann.

„Auf der anderen Seite erleben wir zwei pokernde Konzerne, die darum feilschen, wie sie den letzten Cent auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger aus dem System quetschen können und eine hilflose Kommunalpolitik, wie die Aussagen des Ostholsteiner Landrates Sager von der CDU belegen, der erklärt man wisse auch nicht mehr als die Medien berichten und sei im Verfahren außen vor. Dies belegt die katastrophalen Folgen dieser verfehlten Gesundheitspolitik im Interesse der Konzerne“, so Lünzmann weiter.

Die DKP Ostholstein fordert daher die umgehende und entschädigungslose Vergesellschaftung der Gesundheitsversorgung in Ostholstein.

Die an den Menschen ausgerichtete Daseinsvorsorge ist die ureigene Aufgabe des Staates. Nur so kann endlich wieder eine Gesundheitsversorgung zum wirklichen Wohle der Patientinnen und Patienten sichergestellt werden, bei der der Mensch und seine Anliegen und nicht der Profit einiger Konzerne im Mittelpunkt stehen, erklärten die Ostholsteiner Kommunistinnen und Kommunisten.

**Mehr Informationen zur DKP Ostholstein gibt es unter:
www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.com**